



PM zur Generaldebatte Klimaschutz am Donnerstag, 20.1.22

Umweltbündnis fordert von OB und Gemeinderat: Klimatiefschlaf beenden!

Am Donnerstag 20.01.22 findet im Gemeinderat eine **Generaldebatte Klimaschutz** statt. Laut Beschlussvorlage soll der Gemeinderat das Ziel Klimaneutralität für Stuttgart auf 2035 vorziehen. Schon vor der Fortschreibung von OB Kuhns Klima-Aktionsplans haben die Umweltverbände die Gemeinderatsfraktionen darauf hingewiesen, dass ein Klimaneutralitätsziel 2050 gegen die Pariser Klimaziele verstößt. Mit dem jetzigen Zeitziel wäre nach dem Budgetansatz zumindest das 1.75°-Ziel erreichbar.

Wir erwarten, dass sich der Gemeinderat ehrlich macht und wie die Bundesregierung eine ungeschönte Eröffnungsbilanz vorlegt. Sie wird, wie im Bund ernüchternd ausfallen. Stuttgart hat zwar den Preis als nachhaltigste Stadt Deutschland gewonnen, steht aber laut KEA

- beim Fotovoltaikausbau in Baden-Württemberg auf dem letzten und
- beim Radverkehr auf dem drittletzten Platz.
- Beim Ausbau der Wärmequartiere sieht es nicht besser aus.

Es ist ein richtiger Schritt, das Zeitziel vorzuziehen, damit es Paris-kompatibel wird. Es bedarf gleichzeitig einer Debatte der daraus folgenden Konsequenzen und generell einer Beschleunigung der bisher beschlossenen Maßnahmen. Von den 200 Mio des Klima-Aktionsplans sind bisher schließlich nur 9,5 Mio abgeflossen. Die Verwaltung duckt sich auch von ihrer Verantwortung weg, wenn sie feststellt, nur 4% der Liegenschaften seien kommunal. Die Stadt muss die Infrastruktur bereitstellen, damit alle BürgerInnen z.B. von ihren Ölheizungen auf ein Nahwärmenetz umsteigen können.

Die Umsetzung des Pariser Klimaziels ist eine herausfordernde Aufgabe für die gesamte Stadtgesellschaft. Um dem gerecht zu werden, müssen u.E. zumindest u.a. folgende Fragen beantwortet bzw. folgende Forderungen erfüllt werden:

- 1) Eine ungeschminkte Eröffnungsbilanz - Klimaschutz muss erarbeitet werden.
- 2) Laut Beschlussvorlage bedarf es einer „starken und beherzten Führung“. Sollte nicht der Oberbürgermeister als glaubhaftes Vorbild beim Klimaschutzprogramm vorgehen und z.B. den Aufsichtsratsvorsitz bei den Stadtwerken, dem Motor der Energiewende, übernehmen?
- 3) Seit Jahren fordern Umweltverbände ein „technisch wirtschaftliches Gutachten eines externen Instituts“. Das jetzt beauftragte Institut McKinsey ist eher auf der europäischen und nationalen Ebene tätig und weniger auf der kommunalen. Da wäre eine andere Wahl sehr wünschenswert. In der Net-Zero Studie wird z.B. im Sektor Mobilität hauptsächlich eine **Antriebswende** propagiert. Unter Klimaschutz-Anforderungen muss es aber um eine **Mobilitätswende** gehen!
- 4) Aufklärung der BürgerInnen über Ziele und Maßnahmen durch Einwohnerversammlungen und eine umfassende Kommunikationskampagne
- 5) Herstellung einer Transparenz für die BürgerInnen, damit sie eingebunden werden, z. B. Veröffentlichung der Wirtschaftspläne der Tochtergesellschaften der Stadt, damit die Investitionen deutlich nachvollziehbar werden.

- 6) Eine Beschleunigung der Umsetzungsmaßnahmen bzw. ein Klimaschutz-Sofortprogramm wie auf Bundesebene
- a) Es ist inakzeptabel, dass der Gemeinderatsbeschluss **lebenswerte Stadt** von der Verwaltung auf den Zeitraum bis 2035 verschoben wird.
 - b) Eine Diskussion um einzelne Parkplätze ist nicht mehr zielführend. Eine Parkraumbewirtschaftung für die Gesamtstadt ist hingegen dringend notwendig.
 - c) Rückbau von Stadtautobahnen und Umwidmung von Straßen in Fahrradstraßen
 - d) Ein Ende des Ausbaus von fossiler Energie, z.B. Gasleitungen in Stuttgart.
 - e) Für das Ziel 2050 hätte eine Sanierungsrate von 1,5 % = 4.700 WE pro Jahr gereicht. Bei einer Klimaneutralität bis 2040 müssen 9.900 WE pro Jahr als Zielwert saniert werden. Welche Pläne und Maßnahmen hat die Stadt, damit dies Wirklichkeit wird?
 - f) Wärmewende: von 17 geplanten Quartieren wird bisher eines umgesetzt. Wie können die Klimaziele im Wärmebereich bis 2035 so erreicht werden?
 - g) Nach 11 Jahren suchen die Stadtwerke jetzt nach einer Strategie (StZ. 14.1.22). Wie kann sowas möglich sein?

Das Bundesverfassungsgericht verpflichtet nicht nur den Bund, sondern auch die Kommunen, auf das Ziel der Generationengerechtigkeit hinzuwirken. Dabei müssen die Maßnahmen, die schon geplant sind, z.B. Nahwärmequartierausbau, Fahrradwegeausbau, PV-Ausbau, lebenswerte Stadt, sofort mit Hochdruck in Angriff genommen werden, ohne auf das Gutachten von McKinsey zu warten.

Unsere Initiative anlässlich der bevorstehenden Generaldebatte erfolgt in enger und solidarischer Kooperation mit **Fridays for Future** und **Parents for Future**. Auf deren parallel herausgegeben PM mit weiteren Schwerpunkten und Akzenten weisen wir ausdrücklich hin.

Unterzeichner:

für das **KUS** (Klima- und Umweltbündnis Stuttgart):
Manfred Niess

für den **VCD** (Verkehrsclub Deutschland) Kreisverband Stuttgart e.V.:
Christoph Link

für **Stuttgart Solar**:
Hans Ramsperger (Vorsitzender Vorstand)

für **FUSS e.V.**:
Peter Erben

für **Strom ohne Atom**:
Jörg Schmid

